

Schulautonomie: Schmied wartet auf Vorschläge

Die Schulpartner sollen bis September ihre Ideen liefern.

Wien. Nach der Umwandlung von schulautonomen Tagen in Schultage und freiwillige Fördertage gibt Bildungsministerin Claudia Schmied den Schulpartnern bis September Zeit, Vorschläge für deren Ausgestaltung vorzulegen. Die Änderungen gelten dann ab dem Schuljahr 2010/2011.

Unabhängig von der Neuregelung wurden die zentralen schulautonomen Tage für das Schuljahr 2009/2010 festgelegt. In Burgenland, Kärnten, Steiermark, Tirol und Wien ist am 14. Mai (Freitag nach Christi Himmelfahrt) und 4. Juni 2010 (Freitag nach Fronleichnam) schulfrei, in Niederösterreich und Salzburg am 7. Dezember 2009 und 14. Mai 2010, in Oberösterreich am 7. Dezember und 3. Mai. Vorarlberg setzt auf Herbstferien und macht den 27. und 28. Oktober 2009 schulfrei.

Geeinigt haben sich das Ministerium und die Elternvertreter bezüglich der umstrittenen Fragebögen zu den Bildungsstandards. Nach Einwänden von Eltern gegen Fragen zu sozialem und familiärem Umfeld wurden die Schülerfragebögen geändert. Bereits beantwortete alte Fragebögen werden vernichtet.

Die Regierung wird die ungeliebte Diskussion über die Vermögenssteuer nicht mehr los

Ungewollt, aber hartnäckig

Faymann: Keine Gegenfinanzierung für Steuersenkung. Pröll: Diskussion gefährdet Stabilität des Landes.

Wien. (zaw) Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder ist die Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit „ein der Sozialdemokratie innewohnender Prozess“. Auch für den Kanzler ist die Frage der Steuererleichterung ein „ständiges Thema“. Darum lässt Werner Faymann seine Parteifreunde auch darüber diskutieren, mehr aber nicht, denn da würde der Koalitionspartner ÖVP wohl nicht mitspielen.

Am Montagabend traf sich die SPÖ-Steuergruppe erstmals, um unter Führung Schieders ein neues Steuerprogramm zu erarbeiten. Inhaltlich wollte der Staatssekretär am Dienstag vor dem Ministerrat nichts verraten. Obwohl viele in der SPÖ das Thema Vermögenssteuern forcieren wollen, lässt sich die Gruppe Zeit. Deadline ist der Parteitag 2010.

Faymann meinte nach dem Ministerrat zwar, dass „die Frage der Steuererleichterung offen“ sei, beiläufige Bemerkungen zu betonen, dass sich „weder



Pröll und Faymann fanden trotz ungeliebter Debatte einen Grund zum Lachen. Foto: apa

Häuslbauer noch Sparer“ Sorgen machen müssten und derzeit keine neuen Steuern geplant seien. Auch für die jetzt greifende „Tarif- und Steuersenkung gibt es keine Gegenfinanzierung.“

Gänzlich auf die Steuerdiskussion verzichten will Vizekanzler Josef Pröll. Für ihn ist die Debatte in der derzeitigen Krise „kontraproduktiv“, verstärkt die Krise und „gefährdet die Stabilität des Landes“. Mit der ÖVP werde es keine Eigentumssteuer geben. Einig sind sich der Kanzler und sein Vize beim Wunsch, eine europäische Finanz-

transaktionssteuer voranzutreiben.

Auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, der mit Aussagen über eine Steuererhöhung nach dem Ende der Krise für Wirbel in der ÖVP gesorgt hatte, will eine entsprechende Diskussion auf die Zeit nach der Krise verschieben. Dann gehe es darum, das Budget wieder zu sanieren. Eine Steuererhöhung sei dann aber das letzte Mittel, die Ultima Ratio. Mitterlehner setzt eher auf Einsparungen in der Verwaltung. Durch eine solche Debatte werde jetzt ein Sparverhalten bei den Bürgern er-

zeugt, „das wir nicht wollen“, sagte der Wirtschaftsminister.

Kritik an der ÖVP kam von den Grünen. Finanzsprecher Werner Kogler ätzte, man lerne auf der Uni schon im ersten Semester Steuerpolitik, dass „eine Reichensteuer konjunkturneutral ist“. Die ÖVP betreibe nur Klientelpolitik wider den Sachverstand.

Verbesserungen für pflegende Angehörige

Im Ministerrat wurde eine deutliche Verbesserung für Personen beschlossen, die ihre Angehörigen pflegen. Ab 1. Juli übernimmt der

Bund nicht nur den Dienstgeber- sondern auch den Dienstnehmeranteil zur freiwilligen Pensionsversicherung für pflegende Angehörige und zwar schon ab Pflegestufe drei (bisher ab Stufe fünf). War die Dauer bisher auf vier Jahre beschränkt, so ist die neue Regelung unbefristet.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer geht davon aus, dass rund 1000 Personen von den Neuerungen profitieren. Die Kosten belaufen sich auf fünf Millionen Euro heuer und 2010, bis 2013 steigen sie auf acht Millionen.

Beschlossen wurde zudem der Ausbau des Förderprogramms „Lehre mit Matura“. Bis 2011 sollen die diesbezüglichen Ausbildungsplätze von 3000 auf 4000 aufgestockt werden.

Ebenfalls beschlossen wurde eine Steuervereinfachung für Sportvereine. Künftig können Aufwendungen mit einem Pauschalbetrag von 540 Euro pro Monat steuerlich geltend gemacht werden. Dies fördere den Breitensport, erklärte Pröll. „Wir wollen, dass sich viele bewegen“, so der Vizekanzler, „denn laut dem Gesundheitsminister werden die Menschen in Österreich immer dicker – was soll ich dazu sagen?“, fügt Pröll lachend hinzu. Seite 28

„Veränderung ist die Voraussetzung für mehr Sicherheit“

Von Walter Hämmerle

Experten wollen Politik und Öffentlichkeit aufrütteln. Ratschlag: „Nicht vererben, selbst ausgeben.“

Wien. Das Antrittsalter österreichischer Pensionisten bleibt hartnäckig unter

60 Jahren, dabei liegt das gesetzliche bei 65 (Männern) beziehungsweise 60 (Frauen) Jahren; die Zahl der Pensionsbezieher steigt ständig in Relation zu den Beitragszahlern; und mit der steigenden Lebenserwartung erhöhen sich auch die Jahre des durchschnittlichen Pensionsbezugs.

Kernbotschaft: Mehr Eigenverantwortung

All diese Tatsachen sind lange bekannt, die Politik scheut jedoch vor den sich daraus ergebenden Konsequenzen zurück. Mehr noch: Gerade eben hat sie den Zugang in die Frühpension über die Hacklerregelung neuerlich erleichtert.

Diese Situation hat nun eine Gruppe von Wissenschaftlern und Managern veranlasst, im Sinne einer Bewusstseinsbildung aktiv zu werden: Sie gründeten einen Verein mit Namen „Gesellschaft für Zukunftssicherung und Altersvorsorge – Denkwerkstatt St. Albrecht“, mit dabei etwa der Sozialrechtler Wolfgang Mazal, Johannes Martinek (ehemals VBV-Pensionskasse), Kurt Ebner (Wiener Städtische) oder Paul Jankowitsch (Vizekanzler der TU Wien und Vorsitzender vom Wirtschaftsforum der Führungskräfte).

Ihre Kernbotschaft lautet: Wer möglichst hohe Planungssicherheit für seinen Lebensabend erreichen möchte, darf die Verantwortung dafür nicht an andere abschieben, sondern muss sich selbst in die Pflicht nehmen nach dem ethischen Motto „Jeder, wo er steht, muss Verantwortung übernehmen“. Dies sei jedoch kein Plädoyer gegen das umlagefinanzierte staatliche Pensionssystem. Ganz ohne ein kapitalgedecktes System als Ergänzung werde es aber wohl auch nicht gehen.

So weist Mazal darauf hin, dass sich die Planbarkeit der späteren Pensionshöhe durch Flexibilität beim Pensionsantrittsalter erhöht: „Die Bereitschaft zur Veränderung im Rahmen des bestehenden Systems wird damit zur Voraussetzung für Sicherheit.“ Dabei geht Mazal von der Annahme aus, dass die Pensionshöhe für die meisten Menschen die entscheidende Variable ist.

Ebner, im Brotberuf Finanzdienstleister, greift das Spannungsverhältnis zwischen Erbgeneration und Armutsfalle auf. Seine These: Die demografische Entwicklung führe zu Einsamkeit und Isolation im Alter, weshalb man Ersparnisse bes-

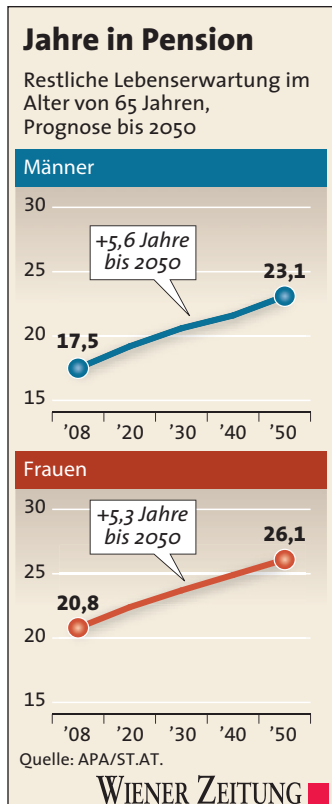
ser für sich selbst ausgeben statt an die nächste Generation vererben solle. Sein Argument: Vor allem zu Anfang der Pension – Stichwort Aktivpensionisten – sowie im letzten Lebensabschnitt steige der persönliche Finanzbedarf durch Pflege noch einmal rasant an. Unterstützung erhält er diesbezüglich von Mazal, der darauf hinweist, dass „den Wenigsten bewusst ist, dass, wer in ein Pflegeheim muss, plötzlich die vierfache Pension erhält.“ Derzeit wird dies in den allermeisten Fällen noch von der Allgemeinheit getragen. Aber wie lange noch?

Sozialpartner und Politik gefordert

Die Gruppe vermisst vor diesem Hintergrund, den Willen der politischen Entscheidungsträger, die Weichen im Pensionssystem rechtzeitig richtig zu stellen. Aber nicht nur die Politik, auch die Sozialpartner seien massiv gefordert: So lassen sich die Probleme nicht lösen, wenn nicht ältere Arbeitnehmer länger in Beschäftigung gehalten werden. Dazu bedarf es jedoch einer entsprechenden Abflachung der Gehaltskurven im Alter – dies fällt in die Verantwortung der Kollektivvertragspartner.

	Bundesbeitrag		Anzahl der Pensionen	
	in Mrd. Euro	in % des BIP	in Mio.	Pensionsbelastungsquote*
2009	4,94	1,7%	2,19	560
2020	7,47	2,1%	2,49	603
2030	13,09	3,2%	2,77	673
2040	20,06	4,1%	3,04	743
2050	26,20	4,6%	3,31	825
2060	28,33	4,4%	3,53	900

* Anzahl der Pensionen je 1000 Versicherungsverhältnisse
Quelle: APA/Pensionskommission



	Männer		Frauen	
	Stand 2002	Gesetzliches Pensionsalter	Stand 2002	Tatsächliches Erwerbsaustrittsalter
Belgien	58,6	65	58,4	63
Frankreich	58,9	60	58,7	60
Österreich	59,4	65	59,3	60
Italien	60,2	65	59,7	60
Finnland	60,6	65	Dänemark	59,8
Deutshl.	61,1	65*	Deutshl.	60,3
Spanien	61,5	65	Finnland	60,4
Dänemark	61,9	65	Spanien	61,5
Irland	62,0	65	Niederlande	61,6
Großbrit.	62,7	65	Großbrit.	60
Portugal	62,8	65	Irland	62,8
Niederlande	62,9	65	Portugal	63
Schweden	63,4	65	Schweden	63,1
Griechenl.	k. A.	65	Griechenl.	k. A.
Luxemburg	k. A.	65	Luxemburg	k. A.

* Ab 2012 schrittweise Anhebung auf 67 Jahre
** Bis 2020 Anhebung für Frauen auf 65 Jahre
Quelle: APA/Eurostat